EP-S-01-693

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in:	BAG Arbeit Soziales Gesundheit
Beschlussdatum:	02.10.2018

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 692 bis 693 einfügen:
fordern eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.

Bei der Tabakprävention hat die EU durch Warnhinweise und andere Maßnahmen neue Maßstäbe gesetzt. Wir wollen, dass die Hersteller und Anbieter von gesundheitsgefährdenden Produkten stärker verpflichtet werden, Jugend- und Verbraucherschutz sicherzustellen. Wir fordern eine Ausweitung der Tabakwerberichtlinie zur Abschaffung der Werbung für alle Tabakprodukte an Außenflächen und im Kino. Zudem setzen wir uns für eine Angleichung der Besteuerung von Tabakerhitzern und Zigaretten ein. Auch zur Prävention von gesundheitsgefährdenden Alkoholkonsum können durch die EU Grundlagen geschaffen werden. Dazu gehören höhere Mindeststeuern, die Angleichung der Besteuerung alkoholischer Produkte ebenso wie Werbebeschränkungen für die Alkoholindustrie und wirksame Maßnahmen zum Jugendschutz.

Begründung

Die Ergänzungen präzisieren den gesundheitspolitischen Handlungsbedarf in Europa auch bei legalen Substanzen wie Alkohol und Tabak.